

Leseprobe



Christliche Werte leben – Politik gestalten

Reiner Haseloff

96 Seiten, 11,5 x 19,5 cm, gebunden

ISBN: 9783746268606

Mehr Informationen finden Sie unter st-benno.de

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© St. Benno Verlag GmbH, Leipzig 2025

Christliche Werte leben – Politik gestalten

Werte, die Menschen zusammenhalten

Eine Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln ist hilfreich, um das eigene Leben allgemein und die eigene gelebte Gegenwart im Besonderen besser zu verstehen. Warum und wie bin ich der geworden, der ich heute bin? Wo und von wem wurden die Werte und Haltungen grundgelegt, die heute mein Handeln wesentlich mitbestimmen?

Klar, nicht alles, was ich heute denke, sage und tue, kann ich aus meiner Kinder- und Jugendzeit ableiten. Im Laufe meines Lebens habe ich vieles – so hoffe ich wenigstens – dazugelernt. Und dennoch sind es jene Grundmuster des Denkens, die vor über 70 Jahren grundgelegt wurden und die Entscheidungen im Laufe meines Lebens deutlich geprägt haben.

Dr. Reiner Haseloff

Reiner Haseloff
Christliche
Werte leben –
Politik gestalten

benno

*„Ich danke meiner Frau Gabriele für unsere
glückliche Gemeinschaft. Du bist mir ein Anker
und eine treue Gefährtin im Leben.“*

Dr. Reiner Haseloff

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Besuchen Sie uns im Internet:
www.st-benno.de

Gern informieren wir Sie unverbindlich und aktuell
auch in unserem Newsletter zum Verlagsprogramm,
zu Neuerscheinungen und Aktionen.
Einfach anmelden unter www.vivat.de.

ISBN 978-3-7462-6860-6

© 2025, St. Benno Verlag GmbH, Stammerstr. 9–11, 04159 Leipzig,
service@st-benno.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Umschlaggestaltung: Ulrike Vetter, Leipzig
Umschlagmotiv: © Staatskanzlei Sachsen-Anhalt
Gesamtherstellung: Ufer Verlagsherstellung, Leipzig (A)

Inhalt

Werte, die Menschen zusammenhalten	2
Vorwort der Herausgeber	9
Aufgewachsen in einem anderen System	15
Entscheidungen	16
Beruflicher Werdegang	17
In der Kirche zu Hause	20
Entscheidend ist die Frage nach Gott	23
Die große Kirchenpolitik	25
Heilsgeschichte konkret	27
Die Wiedervereinigung	28
Hinter den Kulissen	30
Unvergesslich	32
Ideologische Leitlinien	35

Das Grundgesetz und seine christlichen Wurzeln	38	Grenzen bei Kompromissen	71
		Der Umgang mit den Kirchen	73
Beziehungen, die geistlich Halt geben	42	Unter den jetzigen politischen Bedingungen	75
Hilfe in schweren Zeiten der Arbeitslosigkeit	45	Kontakt zu den Menschen halten	77
Was kann die Menschen resilienter machen?	47	Was ich von den Kirchen erwarte	79
		Heilsamer Einfluss der Kirchen	79
Grundorientierung an den Kardinaltugenden	49	Sich einmischen in die gesellschaftliche Diskussion	81
Klugheit	50	Kirchen als Meinungsführer gefragt	82
Gerechtigkeit	54		
Tapferkeit	57	Persönliche Bemerkung	
Das rechte Maß	60	zum Schluss	87
		Auf dem Weg bleiben	87
Alternativ-Politik während der Corona-Zeit	66	Ein Zeichen, das Zeiten überbrückt	90
Unsere alternativen Maßnahmen	67		
Meine Einstellung als Christ	70	Anmerkungen	92

Vorwort der Herausgeber

In der Reihe „Spiritualität der Begegnung“ schildern Persönlichkeiten aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie sie ihr persönliches und berufliches Leben aus christlicher Einstellung und Gesinnung gestalten. Sie engagieren sich für ein Zusammenleben der Menschen aufgrund echt menschlicher Begegnungen. In diesem Band zeigt Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, wie dieses Vorhaben in der Politik gelingen, aber manches Mal auch eine Bürde sein kann.

Das Manuskript zu diesem Buch war bereits fertiggestellt, als am 20. Dezember 2024 der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt die Landeshauptstadt Magdeburg und ganz Deutschland erschütterte. Ein 50-jähriger Mann raste mit einem Auto in die Menschenmenge auf dem Marktplatz. Was als Fest der Begegnung in der vorweihnachtlichen Zeit gedacht war, verwandelte sich in wenigen Augenblicken in eine Tragödie.

Erschütternd waren die durch die Medien vermittelten Bilder des Anschlages. Schon kurze Zeit nach dem Ereignis sprachen die politischen Ver-

antwortungsträger vor den Kameras ihr Entsetzen und ihre Erschütterung aus. So stand Ministerpräsident Haseloff mit sichtbarer Betroffenheit vor der Kamera und sprach den Opfern und den Angehörigen sein Mitgefühl aus. Seine Innenministerin, Dr. Tamara Zieschang, versuchte mit versteinertem Gesicht über den Hergang der Tat zu informieren. Die Oberbürgermeisterin der Stadt, Simone Borris, suchte nach tröstenden Worten angesichts dieses brutalen Anschlages und konnte ihre Tränen nicht zurückhalten.

Zu Recht kann man sagen: Die Stadt und das Land standen unter Schock. Und diese Erschütterung wird noch lange anhalten. Leider müssen wir damit rechnen, dass Untaten solcher Art auch in Zukunft unsere Gesellschaft erschüttern werden. Trotz aller Aufarbeitung des Geschehens und weiterer Maßnahmen zum Schutz von Festen der Begegnung wird es nie eine vollkommene Sicherheit geben können.

Besonders perfide war der Anschlag im Blick auf den Zeitpunkt kurz vor Weihnachten. Die Menschen bereiteten sich auf das Fest der Begegnung in ihren Familien vor. Weihnachtsmärkte, andernorts Adventsmarkt oder Christkindlmarkt genannt, entwickelten sich seit dem Mittelalter aus Verkaufsmessen und Neujahrsmärkten. Heute stimmen sich die Menschen in fröhlicher Runde und in vorweihnachtlicher Atmosphäre auf das kommende Fest ein. Letzte Geschenke für die Lie-

ben zu Hause werden besorgt und mit Freunden und Bekannten Glühwein verkostet. So sind diese Märkte, von denen es vermutlich an die 3 000 in Deutschland gibt, im besten Sinn des Wortes Orte der Begegnung.

Ein Anschlag in dieser Situation tritt das Bedürfnis der Menschen nach Begegnung mit Füßen, verunsichert, macht sprachlos und hilflos. Die Zeit der Freude und des Zusammenseins wird zum Albtraum. Angst, Schmerz und Entsetzen über Tote und Verletzte treibt die Menschen auseinander, führt sie dann aber wieder in der Solidarität der Trauer in neuer Weise zusammen.

Schaut man zudem auf den religiösen Sinn von Weihnachten, wird dessen Botschaft verhöhnt. Die Christen feiern die Begegnung Gottes mit den Menschen. Gott, der nach christlichem Glauben selbst in sich Begegnung in drei „Personen“ ist, neigt sich in der Geburt Jesu von Nazaret den Menschen zu, sucht Begegnung mit den Menschen. Die Friedensbotschaft von Weihnachten wird in ihr Gegenteil verkehrt, wenn eine ganze Stadt und mit ihr ein ganzes Land in krasser Weise Gewalt und Tod erfahren.

Damit müssen sich auch Politikerinnen und Politiker einem Thema stellen, das über Wochen und Monate alle Aktivitäten überlagert. Im Landtag von Sachsen-Anhalt wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, um die Hintergründe der Tat aufzuklären. In einer Regierungserklärung betonte

Ministerpräsident Haseloff: „Nichts darf unter den Teppich gekehrt, keine Fehler, die möglicherweise gemacht wurden, dürfen ausgeblendet oder verschwiegen werden.“ Das sei der Anspruch aller mit der Aufklärung befassten Verantwortlichen und der Anspruch der gesamten Landesregierung: „Das sind wir den Opfern des Anschlags schuldig.“

So wird der Anschlag von Magdeburg – wie alle ähnlichen Ereignisse – zu einer Herausforderung für unsere ganze Gesellschaft. Wenn das Gefühl der Sicherheit und des friedlichen Zusammenlebens erschüttert wird, wenn Freude und Begegnung in traumatisierende Ereignisse umschlagen, dann bedarf es einer sensiblen Aufarbeitung, damit der so oft beschworene Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder wachsen kann.

Wie sich die Atmosphäre in einer Gesellschaft entwickelt, wird nicht zuletzt von den Politikerinnen und Politikern unseres Landes wesentlich beeinflusst. Ihre Einstellungen und Werte, ihr Umgang und Umgangston, ihre Wortwahl, ihre Aussagen über Menschen unterschiedlicher Religionen, verschiedener Herkunft und Lebensweise, tragen, gerade auf der Bühne der Politik, maßgeblich dazu bei, dass jener Zusammenhalt erlebt werden oder wieder neu wachsen kann.

Ministerpräsident Haseloff zeigt in diesem Buch, wofür er steht, welche Werte und Überzeugungen er vertritt und was ihn in seinem politischen Handeln antreibt. Dabei verschweigt er nicht, wie sehr

dieses Handeln von einer christlichen Einstellung und von persönlichen und familiären Begegnungen getragen und gestützt wird. Es zeugt von einer hohen Glaubwürdigkeit und Authentizität, wenn sein persönliches Leben und politisches Handeln wie aus einem Guss sind. Dafür danken wir.

Bernhard Brantzen

Hubertus Brantzen

Ulrike Kostka

Markus Vogt

Herausgeber der Reihe „Spiritualität der Begegnung“

Aufgewachsen in einem anderen System

Meine Kindheit war geprägt vom Leben in der DDR. Natürlich war es auch bei mir so, dass ich in dem Moment hellhörig dafür wurde, als ich wie fast jedes Kind bewusst mitbekam, was um uns herum gespielt wurde. In Gesprächen im Raum der Familie und im Kreis der Verwandten wurde vieles kritisch diskutiert und reflektiert. So habe ich auch sehr schnell verstanden, dass wir auf Grund der herrschenden Kirchenfeindlichkeit Außenseiter waren und nicht Teil des Systems. Wir gehörten nicht dazu.

Und das galt nicht nur für die politischen Überzeugungen. Hinzu kam, dass wir als Katholiken zu einer konfessionellen Minderheit gehörten. Wir lebten in einer Diaspora. Zunächst gab es in meiner Heimat in und um Wittenberg noch eine evangelische Mehrheit. Später ließ die Kirchenbindung mehr und mehr nach, und der gesellschaftlich verordnete Atheismus hinterließ tiefe Spuren.

Entscheidungen

Die Bekenntnisfrage im System der DDR war einfach und klar: Bist du für uns? Wenn du für uns sein willst, musst du aus der Kirche austreten! Wenn du etwas werden willst, dann gilt es genauso: Du musst austreten und in die sozialistische Einheitspartei (SED) eintreten! Das bedeutete, dass sich, kirchlich gesehen, durch diese permanente Drucksituation im normalen gesellschaftlichen Prozess sozusagen die Spreu vom Weizen trennte. Es blieben nur noch ganz wenige in der Kirche, sowohl auf evangelischer als auch auf katholischer Seite.

Diese Situationen erlebte ich auch im Rahmen der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit.

So wussten wir zum Beispiel, dass regelmäßig Bußgeldbescheide¹ im Pfarramt ankamen, wenn irgendeine Veranstaltung als nicht genehmigt oder nicht angemeldet galt, aber trotzdem stattfand.

In unserer Gemeinde fanden zum Beispiel staatlich nicht erwünschte Faschingsveranstaltungen in Gartenlauben statt. Anschließend brachte die Polizei ihre Bußgeldbescheide vorbei. Jugendfreizeiten, die wir in kirchlichen Häusern abhielten, wurden aufgelöst, weil sie angeblich aus hygienischen Gründen nicht zulässig waren. Bei solchen Gelegenheiten mussten wir dann nachts mit unseren Fahrrädern viele Kilometer zurücklegen, um wieder nach Hause zu kommen.

Ferner stand in der Schule die Frage an: Jugendweihe – ja oder nein? Für uns Katholiken war die Antwort ein eindeutiges Nein! Unser Pfarrer war sehr konsequent und hat das auch von uns eingefordert. Viele von uns mussten deshalb auf eine berufliche Karriere trotz ihrer offensichtlichen Begabung verzichten.

Beruflicher Werdegang

Das wirkte sich konkret bei der Aufnahme ins Gymnasium² in Wittenberg aus. Nur dem stetigen Kampf meiner Mutter habe ich es eigentlich zu verdanken, dass ich aufgenommen wurde. Ich durfte auf das Gymnasium gehen, weil ich einen Notendurchschnitt von 1,0 vorweisen konnte und aufgrund der besagten energischen Interventionen meiner Mutter. Für meine Geschwister kämpfte meine Mutter genauso. Zu beachten war zudem, dass damals nur zehn Prozent eines Jahrgangs zum Abitur zugelassen wurden. So war es also nicht nur eine Frage der Qualität, sondern auch eine Frage der Quantität.

Hatte man es dann auf das Gymnasium geschafft, war man dort auf Wohlwollen angewiesen. In meinem Falle gab mir und meinen Eltern eine Lehrerin gleich zu Beginn Hinweise, was ich alles zu beachten hätte, um nicht gleich angezeigt und gegebenenfalls relegiert zu werden.

Das Grundgesetz und seine christlichen Wurzeln

Im Blick auf die beschränkten Ressourcen, die wir nun einmal haben, zugleich auf den Menschen, der so ist, wie er ist, sehe ich es als unsere Aufgabe an, weiterhin die christlichen, die jüdisch-christlichen Fundamente unseres Gemeinwesens und unserer Kultur zu bewahren. Nur so bleibt das Grundgesetz beziehungsweise dessen Präambel überhaupt noch erklärbar.

So bin ich auch dankbar, dass wir bei der geringen Anzahl der Christen, die damals in der Zeit der ersten Legislaturperiode des Landes Sachsen-Anhalt schon in einer absoluten Minderheit waren, beim Prozess der Verfassungsgebung für das Land die Präambel des Grundgesetzes mit dem Bezug auf Gott fast eins zu eins übernehmen konnten. Das war und ist nicht selbstverständlich. Unsere Aufgabe ist es, diesen Gottesbezug zu erhalten.

Wenn wir von der Bedeutung des Gottesbezugs in unseren Verfassungen sprechen, geht es nicht nur um eine fromme Formulierung. Für Christen hängen Gottesbild und Menschenbild untrennbar

zusammen. Wenn sich Christen also in der Politik engagieren, sollten sie diesen Zusammenhang immer beachten. Das wiederum ist nicht einfach nur eine dogmatische Festlegung, sondern hat weitreichende Konsequenzen für die Politik.

Im Grundgesetz heißt es gleich in Artikel 1:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Ein Satz, der von vielen sehr oft zitiert wird. Und gleich im zweiten Absatz wird ergänzt:

„Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Die entscheidende Frage ist aber: Wer definiert, was die Würde des Menschen und seine unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte inhaltlich bedeuten? **Das einzige wirkliche Menschenrecht ist nach Hannah Arendt das Recht, Rechte zu haben.** Gerade wir in Deutschland wissen, dass man keinen Unterschied machen darf, welches menschliche Leben würdig ist, geschützt zu werden und welches angeblich nicht. Wer schützt und sichert den Schutz der Würde des Menschen?

Mit dieser Frage befinden wir uns an einer entscheidenden Stelle aller staatsrechtlichen Überlegungen. Man kommt bei der Suche nach einer Antwort nicht vorbei an dem berühmten Satz von Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staats- und Verwaltungsrechtler, Rechtsphilosoph und Richter am Bundesverfassungsgericht. Das sogenannte Böckenförde-Diktum besagt: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“¹⁶ Damit wird genau das Dilemma ausgedrückt, vor dem wir in einem freiheitlichen, demokratischen Staat stehen. Auch ein Bundesverfassungsgericht kann nur Urteile auf der Grundlage der vorgegebenen Gesetze fällen. Doch wer normiert diese Gesetze?

Böckenförde weiß um dieses Dilemma. Bei der Suche nach Orientierung und festem Boden unter der freiheitlichen Gesetzgebung gab er den interessanten Hinweis, dass es an der Zeit sei, dass man die katholische Soziallehre „aus ihrem Dornröschenschlaf aufwecken“¹⁷ solle. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ab 2007 dachte er über den „inhumanen Charakter“ des Kapitalismus nach und wies auf die am christlichen Menschenbild orientierte Soziallehre hin.

Natürlich blieb und bleibt in der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit ein solcher Gedankengang nicht unwidersprochen. Da wird sehr bald der Verdacht geäußert, dass Religion und Kirchen oder gar Konfessionen eine Dominanz im

Staat gewinnen wollen. Doch darum geht es überhaupt nicht. Es geht vielmehr um die Frage: Aus welchen Quellen begründen wir beispielsweise das unverletzliche und unveräußerliche Recht auf Leben? Und: Welches Leben und zu welchem Zeitpunkt gilt es, dieses Leben zu schützen? Und woher kommt die Garantie, dass menschenwürdiges Leben nicht von bestimmten Interessen definiert wird?

Als Christen sagen wir: Menschliches Leben ist grundsätzlich von Gott als Schöpfer geschenkt. Nur ihm ist es verfügbar, von Beginn als „Frucht“ im Leib der Mutter bis zum letzten Atemzug. Daraus erwächst der Grundsatz: Jedes Leben ist unverfügbar und unantastbar.

Und damit werden die Überlegungen ungemein politisch. Dieses Menschenbild, gesichert durch das Gottesbild, wird konkret von Christinnen und Christen vertreten. Die Kirchen kommen insofern ins Spiel, als sich Christinnen und Christen in der Regel in der Kirche als Organisationsform des Christentums zusammenschließen, in der Kirche oder in den Kirchen, wie man das theologisch auch immer sehen will.

Die Zugehörigkeit zu einer Kirche macht aber nicht an Parteigrenzen halt. So existiert in unserem Land noch ein rechtlicher Grundkonsens, der sich dann auch bemerkbar macht, wenn es etwa darum geht, Staatskirchenverträge anzugehen oder Stellung etwa zu ethischen Fragen zu nehmen.